

Späth will Initiative gegen Giftmüll starten

Länderarbeitsgemeinschaft Abfall tagt morgen in Bonn

XING HU-KUO, Stuttgart
Zu einer „Sondersitzung“ tritt morgen im Innenministerium in Bonn die „Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA)“ zusammen. Wie der baden-württembergische Regierungssprecher Matthias Kleinert mitteilte, wird die auf Initiative dieses Bundeslandes zustande gekommene Zusammenkunft der Abfall-Experten aus der ganzen Bundesrepublik die Konsequenzen aus der „Seveso-Giftmüllaffäre“ beraten.

Neben einem Entwurf von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) für eine Veränderung des Abfallbeseitigungsgesetzes wird auch die europäische Initiative des Stuttgarter Regierungschefs dort zur Sprache kommen.

Späth hatte in der vergangenen Woche bei einem eintägigen Besuch in Mailand mit dem Präsidenten der Region Lombardei, Giuseppe Guzzetti, gemeinsame Initiativen in Rom und Bonn in dieser Sache vereinbart.

Diese Vereinbarung ist um so bemerkenswerter, da der Regionschef, in dessen Gebiet der Seveso-Skandal geschah – derzeit läuft in der Stadt Monza auch der Prozeß gegen die mutmaßlichen Verantwortlichen für diese Umweltkatastrophe –, wenige Tage vor Späths Besuch massive Angriffe gegen Bonn gerichtet hatte. Guzzetti warf der Bundesregierung vor, in Sachen verschwundener Giftfässer ihr eigenes „schlechtes Gewissen“ verbergen zu wollen.

Nach harten Gesprächen gelang es Baden-Württembergs Regierungschef jedoch, die Kritik abzu-

schwächen und Gemeinsamkeiten herzustellen. Im einzelnen schlugen Späth und Guzzetti vor: ein europäisches Abkommen über eine „lückenlose Kontrolle“ von Transporten mit Giftmüll anzustreben. Für solche umweltgefährdenden Transporte sollen spezielle Übergangsstellen geschaffen werden, die von Umweltspezialisten geleitet werden. Der Zoll sei für solche Aufgaben überfordert.

Späth und sein italienischer Gastgeber schlugen sodann vor, Transportunternehmen für solche Abfälle zu lizenzieren, um „Briefkastenfirmen“ von vorneherein vorzubeugen.

Der Stuttgarter Regierungschef regte ferner den Einsatz von Computern bei der Kontrolle der Giftmüllbeseitigung an. Er verwies dabei auf das Beispiel Baden-Württemberg, wo es bereits solche EDV-Anlagen in diesem Bereich gebe. Kopien der Begleitscheine solcher Transporte würden schon jetzt an die Landesanstalt für Umweltschutz weitergeleitet. Auch Bayern sei dabei, ein solches Computer-Kontrollsystem einzuführen, sagte Späth.

Mitte dieses Jahres wird die einzige Sondermülldeponie des Landes in Malsch (im Rhein-Neckar-Kreis) übrigens geschlossen. Eine ultramoderne Anlage in Billigheim im Neckar-Odenwaldkreis übernimmt dann diese Aufgabe. Hier hat das Computerzeitalter in der Abfallbeseitigung schon begonnen. Die Ausrüstung der neuen Deponie, so der Sprecher des Umweltministeriums, sei das Modernste auf diesem Gebiet.

Minister warnt davor, Giftmüll auszugraben

Nea, Mainz

Vor dem Ausgraben lange lagernder Fässer auf Giftmülldeponien hat gestern der rheinland-pfälzische Sozial- und Umweltminister Rudi Geil (CDU) in einer aktuellen Stunde des Mainzer Landtages gewarnt. Bei derartigen Ausgrabungsversuchen könnte es zu unkalkulierbaren chemischen Reaktionen des Mülls kommen, außerdem zu so unabsehbaren Folgen, wenn die Fässer beschädigt würden, daß alle Fachleute davon abrieten, meinte der Minister. Daher warnte er vor dem Abtransport der 4000 Fässer mit dioxinhaltigem Rückstand, die seit der Zeit um 1969 auf der Sonderdeponie Gerolsheim bei Frankenthal (Pfalz) lagern. Er sicherte stattdessen zu, daß die Gerolsheimer Deponie verstärkt bewacht werde, wobei der Teil, in dem Fässer vermutet werden, ganz gesperrt werden soll. Bei Gerolsheim hatten am Wochenende etwa 3000 Demonstranten die Schließung der Sondermülldeponie gefordert.

NORDDEUTSCHLAND

Münchehagen: Erste Fässer

HANNOVER/MÜNCHENHAGEN. „Wir haben auf jeden denkbaren Verdacht hin alles unternommen“, beteuerte gestern Ministerpräsident Albrecht in einer Regierungserklärung über den Fall Münchehagen. Aus der Sondermülldeponie im Kreis Nienburg wurden derweil gestern die ersten Fässer ausgebagert. Ihr Inhalt soll am Wochenende von der Uni Ulm analysiert werden.